



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Voraussetzungen für die Einführung von emissionsfreien PKW

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt grundsätzlich die Mitteilung der Kommission für eine europäische Strategie für emissionsarme Mobilität (COM(2016) 501 final).
2. Der Landtag unterstützt das Ziel, bis zum Jahr 2050 eine nahezu emissionsfreie Mobilität innerhalb der EU zu erreichen.
3. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, den Beschluss des Bundesrats vom 23. September 2016 (BR Drs. 387/16) bei der Umsetzung aktiv mit folgenden Zielen zu begleiten:
 - Europaweit angenäherte Steuern und zweckgebundene Abgaben auf Fahrzeuge und Kraftstoffe sind geeignet, den Wandel zu einer emissionsfreien Mobilität zu befördern.
 - Mit ihnen kann europaweit abgestimmte Investitionssicherheit hergestellt werden, damit Arbeitsplätze und Märkte der Zukunft entstehen können und nationale Industriepolitiken einen verlässlichen Rahmen haben.
 - Hier gilt es, die bisherigen Steuer- und Abgabenpraktiken der Mitgliedstaaten auf ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Förderung emissionsfreier Mobilität auszuwerten und Vorschläge zum diesbezüglichen effizienten Einsatz von Abgaben und steuerrechtlichen Instrumenten zu unterbreiten, damit Möglichkeiten und Voraussetzungen geschaffen werden, um ab dem Jahr 2030 unionsweit nur noch emissionsfreie PKW zulassen zu können.Das zeitliche Szenario soll innovative Entwicklungen beschleunigen.
4. Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, umgehend vor allem folgende, schnell wirksame Maßnahmen zu ergreifen:

- Durch die Einplanung ausreichender finanzieller Mittel muss der öffentliche Verkehr umfassender und schneller ausgebaut werden und damit Projekte zur Förderung und Mitförderung des Ausbaus von S-Bahnen, S-Bahnähnlichen Systemen sowie Bussen, Straßenbahn, U-Bahn umgesetzt werden.
- Der Elektromobilität im Straßenverkehr muss landesweit in gleicher Weise zum Durchbruch verholfen werden, wie es zum Beispiel die Landeshauptstadt München mit ihrem 30 Mio. Euro-Programm vormacht.
- Die Staatsregierung muss auf den Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt, einwirken, die Abgasmessung zügig an realistische Bedingungen anzupassen und die Autoindustrie zu veranlassen, verpflichtende Grenzwerte so schnell wie möglich einzuhalten.
- Durch einen massiven Alternativausbau und entsprechende Anreizsysteme sollen insgesamt verhaltensändernde Maßnahmen zur Reduzierung des Individualverkehrs gefördert werden.

Begründung:

Um das Ziel, bis zum Jahr 2050 eine nahezu emissionsfreie Mobilität innerhalb der EU zu erreichen, sind starke Anstrengungen aller Akteure erforderlich, um auf eine emissionsfreie Mobilität bis zur Mitte des Jahrhunderts hinzuwirken, damit der Wohlstand und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger innerhalb der EU und in Bayern nicht gefährdet werden.

Mit dem Gebot von emissionsfreien PKW ist durch europaweit angenäherte Steuern und zweckgebundene Abgaben auf Fahrzeuge und Kraftstoffe die Förderung des Wandels zu einer emissionsfreien Mobilität zu unterstützen.

Für eine gute Luftqualität in ganz Bayern müssen jetzt die Bemühungen auf kommunaler Ebene zur Verminderung von Schadstoffbelastungen der Luft massiv gestärkt und durch ein generelles Maßnahmenkonzept und Unterstützungsprogramm der Staatsregierung flankiert werden.

Das zögerliche Handeln der Staatsregierung in den letzten Jahren beim Ausbau und der Finanzierung des ÖPNV muss sich umkehren und der Fokus auf zukunftsfähige Verkehrskonzepte, nicht den individuel-

len Straßenverkehr, gesetzt werden. Der Verkehr der Zukunft ist öffentlich und braucht integrierte Verkehrsträgerangebote.

Hierzu leisten die geforderten Maßnahmen, insbesondere die Stärkung und der Ausbau des ÖPNV, einen deutlichen Beitrag. Durch ein von der Staatsregierung

initiiertes und getragenes Gesamtkonzept können die lokale sowie die Hintergrundbelastung durch Luftschadstoffe langfristig und nachhaltig gesenkt werden und damit nicht nur eine substantielle Verbesserung der Luftqualität in Bayern erreicht, sondern auch ein effizienter Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.